

STADTGEMEINDE KORNEUBURG | Hauptplatz 39, 2100 Korneuburg

Sachbearbeiter:
Eva Wurm-Borbely

Herrn/Frau/Firma
PMP WR9 GmbH
Dr.-Karl-Liebleitner-Ring 6
2100 Korneuburg

T: +43 (0)2262 / 770-307
stadtamt@korneuburg.gv.at

Aktenzeichen: STVO-6/2024

Korneuburg, 05.02.2024

Betreff: Bewilligung gemäß § 90 StVO 1960
Arbeiten auf oder neben der Straße - ergänzend zum Bescheid STVO-110/2023

BESCHIED

SPRUCH

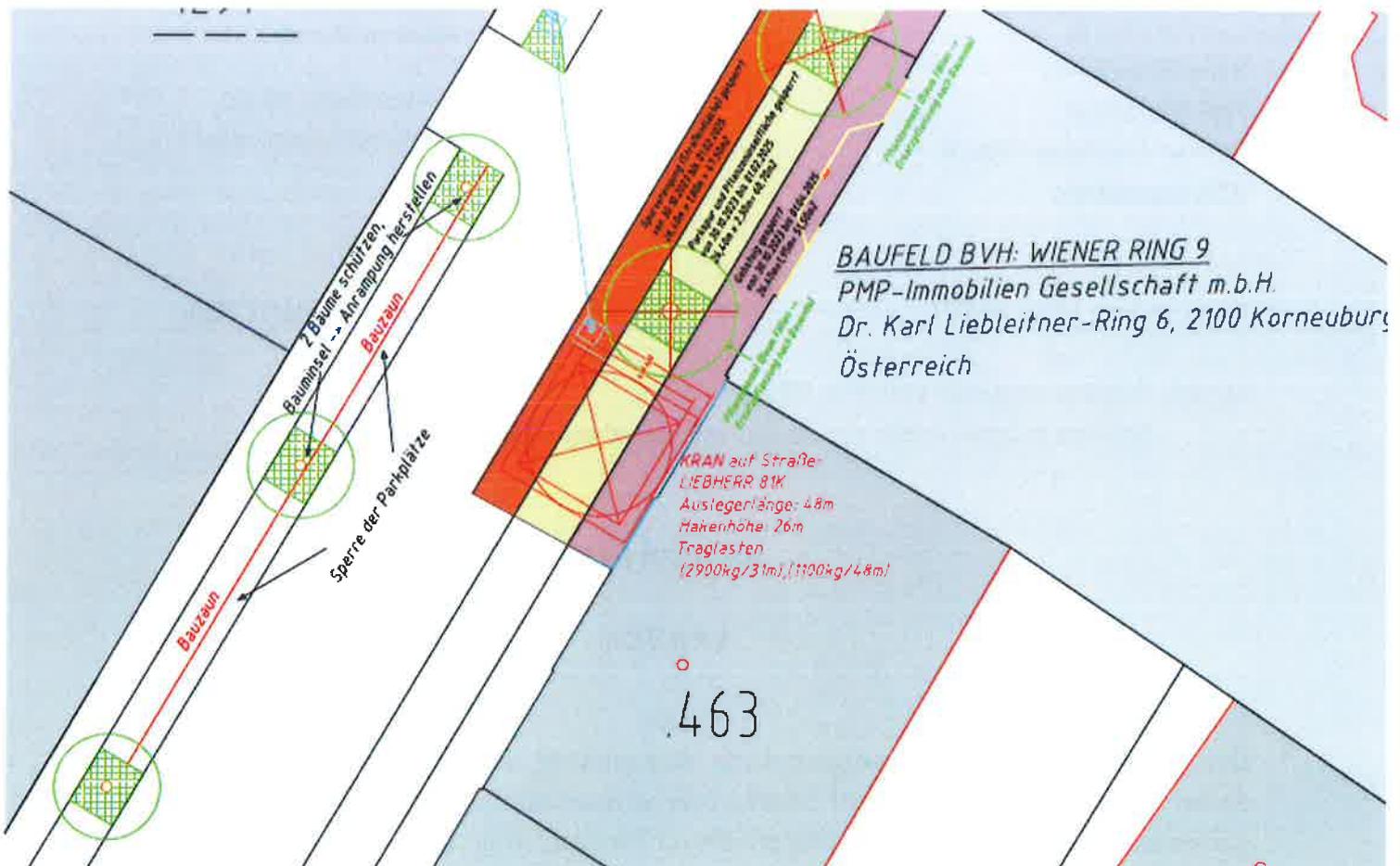
I.

Der Bürgermeister der Stadtgemeinde Korneuburg erteilt Ihnen auf Grund Ihres Ansuchens vom gemäß § 90 Straßenverkehrsordnung 1960 (StVO), in der derzeit geltenden Fassung, die Bewilligung zur Durchführung folgender Arbeiten im Stadtgebiet von Korneuburg:

Örtlichkeit:	Wiener Ring ON 18 bis ON 20
Art der Arbeiten:	BHV Wiener Ring ON 9
Verkehrsmaßnahmen:	- Sperre der Parkflächen vor dem Objekt en Wiener Ring von ON 18 bis ON 20 auf eine Länge von 19 Metern - Herstellung Anrampungen bei zwei Bauminseln gemäß nachstehendem Lageplan
Zeitraum:	Ab Bescheiderlass bis 31.12.2024
Verantw. Bauleiter:	Ing. Westymayer , Tel. 0664 8260376
Gebührenpflichtige Gebrauchsflächen:	19,0 m x 2,50 m = 47,5 m²

bei Einhaltung der in der angeschlossenen Verordnung enthaltenen Auflagen. Die Verordnung bildet einen wesentlichen Bestandteil dieses Bescheides, sowie bei Einhaltung nachstehender, für die Bautätigkeit sinngemäß relevanter Auflagepunkte:

- Der nachstehende Lageplan bildet einen wesentlichen Bestandteil des Bescheides.



- Die Benützung von öffentlichem Gut unterliegt der Beweissicherung und bei Beschädigungen ist der Konsenswerber haftbar.
- Die Beweissicherung des öffentlichen Gutes ist vor Beginn der Arbeiten mittels Fotodokumentation dem Bauamt zu übermitteln.
- Vor Beginn der Arbeiten ist das Einvernehmen mit den Einbautenträger herzustellen.
- Ersatzgehsteige sind niveaugleich an die jeweils anschließenden Gehsteige anzubinden.
- Ersatzgehsteige sind mittels Bauzaunelementen gegen Fahrbahnen und Baustellenbereiche abzusichern. Eine Ersatzgehsteigbreite von mindestens 2 Meter (1,5 Meter in Ausnahmefällen) muss gewährleistet werden.
- **Die Vorschriften für die Aufgrabungen und deren Schließung sowie für die Wiederherstellung der Straßenkonstruktion gültig ab 30.05.2012 mit der GZ.: Int1-3011/2012 vom 29.05.2012 der Stadtgemeinde Korneuburg sind im vollen**

Umfang einzuhalten.

- **Die vorgesehenen Arbeiten dürfen nur in Absprache mit sämtlichen Linienbusbetreiber durchgeführt werden, sodass es zu keinen etwaigen Einschränkungen kommen kann.**
- **Eine Restfahrbahnbreite von mindestens 5,50 Meter muss gewährleistet sein.**
- **Nach Beendigung der Bauarbeiten sind etwaig beschädigte Randsteine, Gehwege, Straßenflächen sowie sämtliche andere öffentliche Verkehrsflächen auf Kosten des Antragstellers zu beheben.**
- Höhenunterschiede quer zur Fahrbahn mit mehr als 2 cm sind im Verhältnis 1:10 anzurampen. Höhenunterschiede über 8 cm sind entsprechend Punkt 3 auszurunden. Wird der betreffende Straßenabschnitt mit Linienbussen befahren, so sind die Rampen in Verhältnis 1:20 auszuführen. Ersatzgehsteige sind niveaugleich an die jeweils anschließenden Gehsteige anzubinden.
- Längsrillen, bzw. Längsstufen sind in den überfahrbaren Breiten im Verhältnis 1:20 anzurampen, wenn diese eine Höhe von 1 cm überschreiten. In den nicht überfahrbaren Bereichen ist eine Absicherung gegen Überfahren durch Leitkegel oder dergleichen vorzunehmen.
- Künetten, Gräben, Schächte, Gerüste, Abgrabungen aller Art usw. sind gegen Verkehrsflächen (Fahrbahnen, Parkspuren, Gehsteige, usw.) durch rot-weiß gestreifte Latten, Absperrgitter oder dgl. standfest abzuschränken. Die Verwendung von Erdspießen ist nur bei sandverfugten Straßen oder unbefestigten Verkehrsflächen gestattet. Querabsperungen sind rückstrahlend auszuführen.
- Abschränkungen für Fußgänger entlang absturzgefährdeter Abschnitte, neben oder unter Gerüsten, usw. haben eine Mindesthöhe von 1 m über dem Niveau der Gehfläche aufzuweisen. Die Abschränkung hat aus Brust-, Mittel- und Fußwehr zu bestehen, wobei der lichte Abstand zwischen jeweils zwei Teilen der Umwehrung nicht mehr als 40 cm betragen darf. Die Fußwehr muss mindestens 12 cm hoch sein. Entlang von Radwegen ist eine weitere Wehr in einer Höhe von 1,20 m über dem Niveau der Fahrbahnfläche anzubringen. Die Dimensionierung auf Geländerdruck hat bei Absturzhöhen von weniger als 1 m gemäß Ö-Norm V2104 und bei Absturzhöhen ab 1 m auf Geländerdruck gemäß Ö-Norm B4002 zu erfolgen.
- Bei Dämmerung, Nebel, Dunkelheit, oder wenn es die Witterung sonst erfordert ist der Beginn der Abschränkung durch rotes Licht, wenn nur links, durch weißes Licht, wenn nur rechts und durch gelbes Licht, wenn an beiden Seiten der Abschränkung vorbeigefahren werden kann, zu kennzeichnen.
- Bei einer nicht stationären Arbeitsstelle ist der Standort der ihr zugeordneten Straßenverkehrszeichen, Leiteinrichtungen mit dem Arbeitsfortschritt zu ändern.

- Die Lagerung von Aushub-, Bau- und sonstigem Material, sowie das Abstellen und Einsetzen von Baumaschinen und sonstigen Arbeitsgeräten darf nur innerhalb der abgeschrankten bzw. gekennzeichneten Fläche erfolgen.
- Fahrbahn- und Gehsteigseitig gelagertes Material ist gegen Kippen, Anrollen, Abrutschen und Windverfrachtung zu sichern. Der Verkehr ist durch geeignete Maßnahmen gegen herabfallende Gegenstände so zu schützen, dass auch der größte möglicherweise herabfallende Gegenstand sicher aufgefangen werden kann.
- **Hinweistafeln und Firmenbezeichnungen** dürfen allenfalls nur neben der Fahrbahn aufgestellt werden. Die Wahrnehmung und Erkennbarkeit von Verkehrszeichen dürfen nicht beeinträchtigt sein. Sie dürfen nicht auf den ankommenden Verkehr ausgerichtet sein. Sie sind nach Beendigung der Arbeiten unverzüglich zu entfernen.
- **Baubedingte Änderungen der Verkehrsführung bedürfen der Genehmigung der Behörde!**
- Haus- und Grundstückszufahrten, Zugänge zu den Häusern, Zufahrten zu Betrieben, Werkstätten und dgl. sind in verkehrssicherer Weise, gegebenenfalls durch Überbrückungen aufrecht zu erhalten. Bei unvermeidbaren Behinderungen ist das Einvernehmen mit den betroffenen Anrainern herzustellen.
- An jenen Stellen, an denen der Verkehr durch eine Abschränkung zu einer scharfen Richtungsänderung (Fahrbahnenge, Fahrstreifenwechsel, Umleitung, usw.) verhalten wird, sind Leitwinkel, Leitbaken, oder dgl. in rückstrahlender Ausführung in erforderlicher Anzahl und gestaffelt so anzubringen, dass sie nur aus einer Fahrtrichtung wahrnehmbar sind und dass die Winkelspitzen den Straßenverlauf anzeigen. Verziehungen sind für Geschwindigkeiten von 30 km/h im Verhältnis von mindestens 1:10, von 50km/h im Verhältnis von mindestens 1:15 und von 70 km/h im Verhältnis von mindestens 1:20 auszubilden.
- **Gegenstände, die weniger als 4,50 m über der Fahrbahn angebracht sind bzw. die weniger als 60 cm Abstand vom Fahrbahnrand haben, sind rot-weiß gestreift mit rückstrahlendem Material auffällig zu kennzeichnen (siehe RVS 05.02.14). Die damit verbundenen Verkehrsbeschränkungen sind mit den entsprechenden Straßenverkehrszeichen anzuzeigen.**
- **Verbleibende Bodenunebenheiten sind durch das Gefahrenzeichen gemäß § 50/1 der StVO 1960 „Querrinne“ zu kennzeichnen.**
- Die Straßenoberfläche im Baustellenbereich ist von Schlaglöchern und Spurrillen freizuhalten. Auf eine verkehrssichere Befahrbarkeit des Baustellenbereiches ist zu achten.
- Bei längeren Arbeitsunterbrechungen sind die Verkehrsleitvorrichtungen und die Verkehrszeichen zu entfernen, abzudecken oder umzulegen und ist die Straße im

vollen Umfang für den Verkehr freizugeben.

- Die vorgeschriebene Verkehrsregelung ist für die gesamte Dauer der Behinderung in Betrieb zu halten.
- Bei Absicherung der Baustelle (Aufstellen der Verkehrszeichen und Verkehrsleiteinrichtungen) sowie der Verkehrsregelung, insbesondere bei Verwendung von Ampeln ist auf alle im gekennzeichneten Baustellenbereich einmündenden Straßen und Wege so Bedacht zu nehmen, dass Verkehrsteilnehmer, die in die Straße einfahren, sofort die Verkehrsbeschränkungen und die freigegebene Fahrtrichtung im Baustellenbereich erkennen können.
- Der Fahrbahnrand im Bereich der Arbeitsstelle ist durch rückstrahlende Leiteinrichtungen zu kennzeichnen, wobei bei der Verwendung von Einzelelementen ein Abstand von 15 m im Ortsgebiet nicht überschritten werden darf. Im Verziehungsbereich sind je Fahrstreifenbreite mindestens drei Leitbaken anzuwenden.
- Falls es der Straßenzustand zulässt, sind nicht erforderliche Verkehrsbeschränkungen, insbesondere Geschwindigkeitsbeschränkungen, an Sonn- und Feiertagen sowie an Tagen, an denen nicht gearbeitet wird, außer Kraft zu setzen.
- Die vom Bauführer mit der Verkehrsregelung betrauten Personen müssen volljährig, der deutschen Sprache mächtig und mit derartigen Arbeiten vertraut sein. Personen, die außerhalb des abgeschrankten Baustellenbereiches arbeiten, müssen eine Warnkleidung gemäß RVS 05.05.41 tragen.
- Alle vorhandenen Straßenverkehrszeichen einschließlich Wegweisungen, die mit der vorgeschriebenen Verkehrsregelung im Widerspruch stehen, sind vollflächig wirksam abzudecken, zu entfernen oder zu durchkreuzen. Abdeckungen sind wind- und wettersicher auszuführen und dürfen keine Reflexionen zulassen. Das Verkleben der Verkehrszeichen ist verboten. Es dürfen nur Materialien verwendet werden, die rückstandsfrei zu entfernen sind. Dies gilt auch für Wegweisungen. Am Baustellenende sind im Sinne der Fahrtrichtungen dauernd geltende Verordnungen durch entsprechende Verkehrszeichen wieder kundzumachen.
- Sind Sperrlinien, Sperrflächen oder markierte Richtungspfeile vorübergehend außer Kraft zu setzen, so sind diese entweder zu entfernen, abzudecken oder durch vorübergehende Markierungen zu ersetzen. Bei kurzfristigen Baustellen ist ein Hinweisschild „weiße Bodenmarkierung ungültig“ und bei Vorhandensein oranger Markierungen der Hinweis „orange Markierung beachten“ im Zusammenhang mit dem Verkehrszeichen „Baustelle“ (§ 50 Z 9 der StVO 1960) anzubringen.
- Verkehrszeichen und Verkehrsleiteinrichtungen sind in rückstrahlender Ausführung vorzusehen.

- Die Stand- und Verdrehsicherheit der Straßenverkehrszeichen und Leiteinrichtungen gegen Wind, Schneedruck und Fahrtwind vorbeifahrender Fahrzeuge ist zu gewährleisten.
- Innerhalb des Ortsgebietes sind die Verkehrszeichen in nachstehenden Größen aufzustellen, wobei innerhalb der Baustelle ein einheitliches Format anzuwenden ist.
 - Gefahrenzeichen (§ 50 StVO 1960) Kleinformat (s = 70 cm)
 - Vorschriftenzeichen (§ 52 StVO 1960) Mittelformat (d = 67 cm)
 - Hinweiszeichen (§53 StVO 1960) Mittelformat 2 (96x96 cm bzw. 96x1.200 cm)
- Bei Aufstellung der Straßenverkehrszeichen und Verkehrsleiteinrichtungen sind die Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung /StVO) 1960 (insbesondere die §§ 48 – 57) und der Straßenverkehrszeichenverordnung (StVZVO) 1998, zu beachten. Es dürfen nur Straßenverkehrszeichen verwendet werden, die gem. RVS 08.31.02 gekennzeichnet sind oder eine entsprechende CE-Kennzeichnung aufweisen. Besonders wird darauf hingewiesen, dass:
 - Die Straßenverkehrszeichen so aufzustellen sind, dass sie von Lenkern herankommender Fahrzeuge leicht und rechtzeitig erkannt werden können
 - Auf einer Standsäule nicht mehr als zwei Straßenverkehrszeichen angebracht sein dürfen.
- Verordnungspflichtige Straßenverkehrszeichen, deren Anbringung nicht angeordnet wurde, dürfen nicht aufgestellt werden.
- Der jeweilige Aufstellungsort, der genaue Zeitpunkt (Tag, Stunde) der jeweiligen Anbringung und Entfernung sämtlicher Verkehrszeichen und Bodenmarkierungen, sowie der genaue Zeitpunkt der Abdeckung und Entfernung der Abdeckung von Straßenverkehrszeichen, deren eventueller Abbau und die Wiedererrichtung nach Bauende von Straßenverkehrszeichen sind schriftlich festzuhalten und der Stadtgemeinde Korneuburg unter genauer Anführung der einzelnen Straßenverkehrszeichen schriftlich spätestens eine Woche nach Arbeitsende bekannt zu geben.
- Die Aufstellung der Verkehrszeichen hat im Einvernehmen mit der zuständigen Polizeiinspektion zu erfolgen.
- Dem mit der Aufstellung der Verkehrszeichen befassten Personenkreis sind die Bedingungen des Bescheides und der dazugehörigen Verordnung nachweislich zur Kenntnis zu bringen.
- Eine Kopie des Bescheides und der dazugehörigen Verordnung hat auf der Baustelle aufzuliegen und ist auf Verlangen prüfenden Organen der Stadtgemeinde Korneuburg, des Landes und Bundes vorzulegen.

- Die verantwortliche Person – **Herr Ing. Westymayer, Tel.: 0664 8260376** – für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften in Bezug auf das gegenständliche Bauvorhaben haben ständig, das ist auch in der arbeitsfreien Zeit, erreichbar zu sein, um Mängel bei der Absicherung der Arbeitsstellen sofort zu beheben.
- **Änderungen der Telefonnummer oder bei Verhinderung eine allfällige Vertretung sind der zuständigen Polizeiinspektion unverzüglich zu melden.**
- Bei Wegfall des Erfordernisses sind die beanspruchten Verkehrsflächen (auch in Teilbereichen) umgehend zu räumen, in einem verkehrssicheren Zustand zu versetzen und baustellenbedingte Straßenverkehrszeichen, Bodenmarkierungen sowie Verkehrsleiteinrichtungen sofort zu entfernen bzw. wirksam abzudecken. **Vorher vorhandene und abgedeckte oder entfernte Straßenverkehrszeichen, Bodenmarkierungen und Verkehrsleiteinrichtungen sind im Einvernehmen mit dem Straßenerhalter wieder in Kraft zu setzen bzw. anzubringen.**
- Für den Erfordernisfall wird die Vorschreibung weiterer Auflagen vorbehalten.

Bei Verschmutzung der Verkehrsflächen durch den Baustellenverkehr ist die Reinigung unaufgefordert und unverzüglich zu veranlassen um die Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs zu gewährleisten.

II.

Gemäß § 76 Abs. 1 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 (AVG 1991), BGBl. 51 in Verbindung mit § 1 Gemeinde-Kommissionsgebührenverordnung 1978, LGBI. 3860/2 und § 1 der Gemeinde-Verwaltungsabgabenverordnung 1973, LGBI. 3800/2 in den derzeit geltenden Fassungen, in Verbindung mit dem NÖ Gemeinde-Verwaltungsabgabentarif 2024, werden Ihnen Verfahrenskosten in der Höhe von **€ 332,00** vorgeschrieben.

Die Verfahrenskosten sind binnen 8 Tagen nach Rechtskraft dieses Punktes des Bescheides mit beiliegendem Zahlschein an die Gemeindekasse zu entrichten.

BEGRÜNDUNG

I.

Die Bewilligung konnte unter Berücksichtigung der Art und des Umfanges der Bauführung und der Verkehrsbedeutung der Straße zur Wahrung der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs durch die auferlegte Befristung und den Auflagen erteilt werden.

II.

Die Höhe der Verwaltungsabgabe wurde gemäß § 1 der Gemeinde-Verwaltungsabgaben-Verordnung 1973, LGBI. 3800/2 in der derzeit geltenden Fassung, in

Verbindung mit dem NÖ Gemeinde-Verwaltungsabgabentarif 2024 festgesetzt, wobei folgende Tarifpost(en) zur Anwendung gelangte(n):

TP 17b Für die Bewilligung zur Vornahme von Arbeiten auf oder neben der Straße, die auf einen längeren Zeitraum befristet ist, für jeden angefangenen Monat der Bewilligungsdauer € 55,50 höchstens jedoch € 332,00

Berechnung der Verfahrenskosten

Verwaltungsabgabe gemäß TP 17b	€	332,00
Summe Verfahrenskosten	€	332,00
Kostenhinweis:		
Barauslagen Bundesgebühr 14,30	€	14,30
Summe Bundesgebühren	€	14,30
Summe gesamt	€	346,30

RECHTSMITTELBELEHRUNG

Gegen diesen Bescheid kann binnen 2 Wochen nach Zustellung schriftlich die Berufung beim Gemeindeamt der Stadtgemeinde Korneuburg eingebracht werden. Die Berufung ist schriftlich oder in jeder anderen technisch möglichen Weise beim Gemeindeamt der Stadtgemeinde Korneuburg (p.A. Hauptplatz 39, 2100 Korneuburg, e-mail: stadttamt@korneuburg.gv.at) einzubringen. Sie muss den angefochtenen Bescheid genau bezeichnen und einen mit einer eingehenden Begründung versehenen Berufungsantrag enthalten.

Hinweis: Im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise binnen offener Frist eingebrachte Anbringen, die außerhalb der Amtsstunden bei der Behörde einlangen, gelten nur nach Maßgabe der im Internet (www.korneuburg.gv.at) bekanntgemachten organisatorischen Beschränkungen des elektronischen Verkehrs zwischen Behörde und den Beteiligten (§ 13 Abs. 2, letzter Satz AVG 1991) als rechtzeitig eingebracht. Behördliche Entscheidungsfristen beginnen jedoch erst mit dem Wiederbeginn der Amtsstunden zu laufen.

Für den Bürgermeister:

Ing. Wolfgang Scheffk
Abteilungsleiter BAU



Ergeht gleichlautend an:

Antragsteller: PMP WR9 GmbH, Dr.-Karl-Liebleitner-Ring 6, 2100 Korneuburg
- mit dem Auftrag, die entsprechenden Verkehrszeichen im Einvernehmen mit der Polizeiinspektion Korneuburg aufzustellen und hierüber unter Angabe des genauen Zeitpunktes der ausstellenden Behörde zu berichten.
die Polizeiinspektion Korneuburg, 2100 Korneuburg, Donaustraße 62, per E-Mail
das Amt d NÖ Landesregierung Abt. Verkehrsrecht, 3109 St. Pölten, per E-Mail (Interessensvertretungen sind von den erlassenen Verkehrsmaßnahmen nicht betroffen)
die Bezirkshauptmannschaft, 2100 Korneuburg, Bankmannring 5, per E-Mail
den Wirtschaftshof der Stadtgemeinde Korneuburg, per E-Mail
das Kammeramt
das Stadtbauamt
die Freiwillige Feuerwehr Korneuburg, per E-Mail

STADTGEMEINDE KORNEUBURG | Hauptplatz 39, 2100 Korneuburg

Herrn/Frau/Firma
PMP WR9 GmbH
Dr.-Karl-Liebleitner-Ring 6
2100 Korneuburg

Sachbearbeiter:
Eva Wurm-Borbely

T: +43 (0)2262 / 770-307
stadtamt@korneuburg.gv.at

Aktenzeichen: STVO-6/2024

Korneuburg, 30.01.2024

Verkehrsmaßnahmen in Korneuburg

VERORDNUNG

Der Bürgermeister der Stadtgemeinde Korneuburg verordnet gem. § 43 Abs.1a der Straßenverkehrsordnung (StVO) 1960, in der derzeit geltenden Fassung, für Bauarbeiten auf oder neben Verkehrsflächen:

Örtlichkeit:	Wiener Ring ON 18 bis ON 20
Art der Arbeiten:	BHV Wiener Ring ON 9
Verkehrsmaßnahmen:	- Sperre der Parkflächen vor dem Objekt en Wiener Ring von ON 18 bis ON 20 auf eine Länge von 19 Metern - Herstellung Anrampungen bei zwei Bauminseln
Zeitraum:	Ab Bescheiderlass bis 31.12.2024
Verantw. Bauleiter:	Ing. Westymayer , Tel. 0664 8260376

nachstehende Verkehrsmaßnahmen an:

Die betroffenen Anrainer sind nachweislich und zeitgerecht über die geplanten Baumaßnahmen, insbesondere über Zufahrtsbeschränkungen zu informieren.

„Halten und Parken verboten“ gemäß § 52/13b der StVO 1960 mit dem Zusatz „Anfang“ und „Ende“ und dem Zusatz „gilt ab xx.xx.2024 bis xx.xx.2024“ mindestens 72 Stunden vor Gültigkeit sichtbar aufgestellt. Der Polizeiinspektion Korneuburg ist unmittelbar nach Aufstellung der Verkehrszeichen eine Liste der, zum Zeitpunkt der Aufstellung abgestellten Fahrzeuge mit Marke, Typ, Farbe und amtlichen Kennzeichen zu übergeben.

Sämtliche Verkehrszeichen im Baubereich, die im Widerspruch zu dieser Verordnung stehen sind abzunehmen oder blickdicht abzudecken. Ein Verkleben ist nicht zulässig. Sämtliche während der Baudauer abgenommenen oder abgedeckten Verkehrszeichen sind in einem Verkehrszeichenplan einzutragen und nach Beendigung der Bauarbeiten wieder zu errichten.

Diese Verordnung tritt gem. § 44 StVO 1960 mit der Aufstellung der Verkehrszeichen durch den Bauführer in Kraft.

Für den Bürgermeister:

Ing. Wolfgang Schenk
Abteilungsleiter BAU



Ergeht gleichlautend an:

Antragsteller: PMP WR9 GmbH, Dr.-Karl-Liebleitner-Ring 6, 2100 Korneuburg

- mit dem Auftrag, die entsprechenden Verkehrszeichen im Einvernehmen mit der Polizeiinspektion Korneuburg aufzustellen und hierüber unter Angabe des genauen Zeitpunktes der ausstellenden Behörde zu berichten.

die Polizeiinspektion Korneuburg, 2100 Korneuburg, Donaustraße 62, per E-Mail

das Amt d NÖ Landesregierung Abt. Verkehrsrecht, 3109 St. Pölten, per E-Mail (Interessensvertretungen sind von den erlassenen Verkehrsmaßnahmen nicht betroffen)

die Bezirkshauptmannschaft, 2100 Korneuburg, Bankmannring 5, per E-Mail

den Wirtschaftshof der Stadtgemeinde Korneuburg, per E-Mail

das Kammeramt

das Stadtbauamt

die Freiwillige Feuerwehr Korneuburg, per E-Mail